



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 38 6 890

P/XVI/200 - 5. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Das Revier steht zu Berlin!</u> Die SPD-Kundgebung am 8. September in Dortmund Von Karl Anders	23
2 - 3	<u>Schweigen wäre besser</u> Belgrad - Versäumnisse, die sich rächten	56
4	<u>Was im Ausland auffällt</u> Wahlkampfmethoden...	39
5	<u>"Fall Reinefarth" und kein Ende</u> Zur Wiederaufnahme des Ermittlungsverfahrens	49
6 - 8	<u>Von Berlin zu den blutenden Grenzen Asiens</u> Von Erwin Erasmus Koch	137

\* \* \*  
\* \* \*

Das Revier steht zu Berlin!

Die SPD-Kundgebung am 8. September in Dortmund

Von Karl Anders

Am 8. September wird die SPD in der Westfalenhalle in Dortmund eine grosse Kundgebung veranstalten. Es ist nichts Aussergewöhnliches, wenn eine Woche vor der Wahl eine grosse Partei ihre Anhänger und ihre führenden Männer zu einem grossen Bekenntnis zur eigenen Sache zusammenruft. So wäre es geworden, wenn nicht dieser unheilvolle Tag, der 13. August, gewesen wäre. Berlin ist auseinandergerissen worden und die Bewohner der Bundesrepublik haben die Wunde, die der Stacheldraht riss, wie eine physische Qual erlebt.

Deshalb steht die Kundgebung in der Westfalenhalle nicht unter einer parteipolitischen Losung. "Das Revier steht zu Berlin" und was in Dortmund am 8. September geschieht, wird sichtbar Zeugnis dafür ablegen, dass eine Partei die Zeichen der Zeit verstanden hat. Zum breiten Strom des Bekenntnisses wird zusammenfliessen, was die Menschen in den Betrieben, in den Gemeinden für Berlin empfinden und wie sie zu dieser Stadt stehen.

Fritz S t e i n h o f f, Erich O l l e n h a u e r, Willi R i c h t e r und Willy B r a n d t sind die Redner der Kundgebung. Alle, die kommen und auch die vielen, die im Revier eigene Veranstaltungen besuchen, und zur abendlichen Stunde Kerzen in die Fenster stellen, werden ihre Verbundenheit mit Berlin beweisen.

Der 8. September im Revier wird über die Sache einer Partei hinaus zum demonstrativen Zeugnis der Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes, des Zusammenstehens für Einigkeit und Recht und Freiheit.

Schweigen wäre besser

Belgrad - Versäumnisse, die sich rächen

sp - Die dummdreisten Bemerkungen Bonner Regierungssprecher werden immer unerträglicher. Anstatt nach der in aller Welt sichtbar gewordenen Unzulänglichkeit der Bonner Informationspolitik zu schweigen, weist man jetzt die berechnete sozialdemokratische Kritik als "unrichtig" zurück und verkündet ernsthaft die Binsenwahrheit, dass es falsch sei zu glauben, derjenige, der informiert werde, übernehme die Ansicht des Informanten.

So schlaun ist jeder mittelmässig Begabte, auch wenn er lediglich die Volksschule besucht hat. Die Unverfrorenheit jedoch, mit der das offizielle Bonn seine eigene Unfähigkeit zu verschleiern sucht, grenzt an Unverschämtheit.

Als ob man mit "persönlichen Briefen des Bundeskanzlers", knapp acht Tage vor Beginn der Belgrader Konferenz abgeschickt, Weltgeschichte machen könnte! Ausserdem widerspricht man sich ja selbst: noch am Freitag vergangener Woche liess das Auswärtige Amt offiziell verkünden, es lägen mündliche und schriftliche Reaktionen aus Belgrad vor, die grosses Verständnis für den deutschen Standpunkt bei einer Reihe von Konferenzteilnehmern erkennen liessen; bis jetzt seien nur positive Äusserungen aus Belgrad festzustellen.

Man soll doch endlich aufhören, die deutsche Öffentlichkeit für dumm verkaufen zu wollen.

\* T a t s a c h e ist, dass der bundesrepublikanische Botschafterposten in Neu-Delhi seit zwei Monaten unbesetzt ist.

\* T a t s a c h e ist, dass man sich in den vergangenen Wochen und Monaten bei den entscheidenden Teilnehmern an der Belgrader Konferenz damit begnügte, Papiere und Broschüren vorzulegen.

- \* T a t s a c h e ist, dass in Belgrad selbst lediglich ein bei
- \* der deutschen Interessenvertretung angestellter Beamter ohne
- \* diplomatischen Status "beobachtende Funktionen" ausüben dürfte.
  
- \* T a t s a c h e ist, dass entsprechende Warnungen wegen der man-
- \* gelnden Informationstätigkeit vom Bundeskanzleramt ignoriert wur-
- \* den.
  
- \* T a t s a c h e ist, dass die Bundesregierung seit Wochen weiss,
- \* wieviel "Instruktoren" die sogenannte DDR nach Belgrad geschickt
- \* hat.
  
- \* T a t s a c h e ist, dass der Bundesregierung seit Wochen be-
- \* kannt war, wen Pankow nach Belgrad schicken würde; nämlich alle
- \* diejenigen, die im letzten halben Jahr als "DDR"-Delegationen
- \* die neutralen Staaten besucht hatten. Darunter befinden sich zahl-
- \* reiche Funktionäre, die die Landessprache der betreffenden neutra-
- \* len Staaten sprechen und über gute persönliche Beziehungen zu den
- \* Führungsschichten verfügen.
  
- \* T a t s a c h e ist, dass der Bundesregierung das mehrsprachige
- \* von der "DDR" in Belgrad zur Verteilung vorbereitete Material be-
- \* kannt war.

Wir könnten noch einige Punkte dieser Art anführen, um zu zeigen, wie hilflos Bonn einer vorauszusehenden Entwicklung in Belgrad gegenüberstand und heute noch gegenübersteht. Wir tun es n i c h t , um die Bundesregierung nicht noch mehr zu blamieren.

Mit aller Deutlichkeit wollen wir jedoch auf folgendes aufmerksam machen: Das Dürmste, was das offizielle Bonn jetzt tun könnte, wäre der Versuch, entweder den Unschuldigen zu spielen oder gar die Schuld für das Ergebnis von Belgrad anderen in die Schuhe schieben zu wollen. Immerhin haben sich die meisten Konferenzteilnehmer von Belgrad für die Freiheit der Zugänge von der Bundesrepublik nach Westberlin ausgesprochen. Ein einziger falscher Schritt von Bonn könnte zur Folge haben, dass auch in dieser Frage noch eine neue Diskussion entsteht.

Was im Ausland auffällt

ap - Verwundert vernimmt der uns freundlich gesinnte Ausländer die Töne, die in diesem Wahlkampf angeschlagen werden. Seine Verwunderung steigert sich zum Entsetzen, wenn er sieht und hört, wie einzelne Repräsentanten der um die Erhaltung ihrer Macht zitternden Regierungspartei wild um sich schlagen und so tun, als wenn es einen 13. August nicht gegeben hätte. Viele fragen sich besorgt, ob eine an sich nicht gefestigte Demokratie einen Wahlkampf aushalten kann, in dem Tiefschläge, Verleumdungen und Verketzerung des Gegners zum Handwerkszeug gehören. Er ist auch höchst erstaunt zu hören, dass der sowjetische Ministerpräsident, gewiss kein Freund der deutschen Demokratie, von der Regierungspartei als Trumpfkarte - und was für eine fragwürdige Trumpfkarte - benutzt wird. Hatte der Allgewaltige des Kreml die Absicht, im bundesrepublikanischen Wahlkampf kräftig mitzuspielen, so ist ihm dies gelungen. Der Bundeskanzler, sonst doch ein recht misstrauischer Mann, bescheinigt dem sowjetrussischen Diktator sogar Gleichwürdigkeit, indem er Zitate aus dessen Reden als Beweis für die Richtigkeit der eigenen Haltung verwendet und sie in Millionenauflage dem Wähler einzuklammern versucht. Chruschtschow wird solches mit Vergnügen zur Kenntnis nehmen und sich dabei ins Fäustchen lachen.

Der uns wohlgesinnte Ausländer vernimmt auch mit Abscheu, wie die zuerst offen geführte, nun in unterirdische Kanäle geleitete Kampagne gegen den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Willy Brandt an Intensität zunimmt. Er liest, dass von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmte, Diffamierungen enthaltene Pamphlete von CDU-Kreisgeschäftsstellen wieder unter die Leute gebracht, gefälschte Zitate, deren Verwendung die zuständigen Gerichte untersagten, von CDU-Rednern wieder benutzt werden. Er nimmt kopfschüttelnd zur Kenntnis, dass gegen die Regierungspartei zu Dutzenden gerichtliche Bescheide vorliegen, während man ihren grössten Gegenspieler noch nicht einen einzigen Fall von Überschreitung zulässiger Grenzen nachweisen konnte. Er kann es auch nicht begreifen, dass sich der eine Bewerber um das Kanzleramt dem Mitbewerber nicht zum Zwiegespräch vor dem Fernsehschirm stellt und so den Eindruck erweckt, als ob er sich davor fürchte, obwohl ihm doch sonst nicht der Mut zum Zuschlagen fehlt.

Nach diesem Wahlkampf werden viele Scherben aufzuräumen sein. Es wird grosser Kunst bedürfen, die Wunden zu heilen, die er geschlagen hat. Und dem uns Wohlgesinnten wird klarzusehen sein, dass der Sinn für Sauberkeit und Fairness in unserem Volke doch stärker entwickelt ist als das Bild, das die CDU-Wahlkampfführung bietet, vermuten lässt. + + + -5-

"Fall Reinefarth" und kein Ende

sp - Der Flensburger Oberstaatsanwalt Biermann hat den Verfassungsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages in Kiel aufgefordert, dem Landtagsabgeordneten der Gesamtdeutschen Partei, Bürgermeister von Westerland und früheren SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Heinz Reinefarth die Immunität zu nehmen. Der Ausschuss und der Landtag werden Reinefarth aller Voraussicht nach die Immunität aberkennen und ihn damit für Ermittlungen freigeben, bei denen es um die Frage geht, ob er sich im Sommer 1944 bei der Niederschlagung des Aufstandes in Warschau verantwortlich an rechtswidrigen Tötungen von Zivilpersonen beteiligt hat.

Die Staatsanwälte hatten bereits im August 1958 unter dem Aktenzeichen 2 Js 632/58 mit dem gleichen Ziel ermittelt. Sie kamen seinerzeit jedoch zu dem Ergebnis, es liege kein begründeter Verdacht dafür vor, dass Reinefarth selbst an Kriegsverbrechen teilgenommen, solche befohlen oder gebilligt hat. Die ganze Angelegenheit aber ist jetzt in ein neues Licht gerückt worden. Die Historiker haben neue Teile der Kriegstagebücher der neunten Armee und der Heeresgruppe Mitte aufgefunden. In diesen Dokumenten und vermutlich auch in Aufzeichnungen über Telefonate werden Angaben gemacht, die wahrscheinlich die Eingreifmöglichkeit Reinefarths zu einem früheren Zeitpunkt als den von ihm angegebenen erkennen lassen. Jedenfalls geht es den Staatsanwälten jetzt darum, Reinefarth auch zu dieser Frage zu vernehmen. Dabei dürfte der weitere Aspekt eine Rolle spielen, ob Reinefarth, der bei den Vernehmungen im Jahre 1958 vorsichtig "aus der Erinnerung" aussagte, auch deckungsgleich mit den neu aufgefundenen Dokumenten formulierte.

Es ist noch offen, wie das neue bevorstehende Ermittlungsverfahren gegen Reinefarth ausgehen wird. Klar ist aber jetzt schon, dass der frühere Standpunkt der meisten Abgeordneten des Kieler Landtages "Reinefarth gehört nicht in das Landesparlament" weiteren Auftrieb erhalten hat. Man erinnert daran, dass der wegen Ermordung des ostpreussischen Gutsbesitzers Anton von Hoberg-Buchwald im März 1961 zu vierzehnjährigen Jahren Gefängnis verurteilte SS-Obergruppenführer vor dem Bach-Zelewski am 9. September 1944 für Reinefarth das Eichenlaub zum Ritterkreuz mit folgender Begründung beantragte:

"Durch schnell gefasste Entschlüsse, die auch während weniger Stunden durch Kräftegruppierungen zur Tat wurden, verfolgte Gruppenführer Reinefarth das Ziel, den Nordteil der Stadt einzukesseln, um mit Zusammenfassung aller Waffen der Banden die Nachschubwege an Waffen und Munition und eine Verbindung untereinander zu unterbinden."

Inzwischen ist auch ein Sch eiben vom 28. September 1945 aufgefunden worden, in dem Kimmel an Bormann schreibt, er habe Reinefarth zum Nachfolger des verstorbenen SS-Obergruppenführer Beckmann bestimmt: "SS-Brigadeführer Reinefarth, geboren am 26. 12. 1903, hat die Parteimitgliedsnummer 1268 933 und die SS-Nummer 56 634. Er ist SS-Mann aus der Kampfzeit." Dieser "SS-Mann aus der Kampfzeit" zeichnete am 29. August 1944 als Befehlshaber in Warschau und Gruppenführer eine Aktennotiz seines I c ab, in der es heisst: Durchgeschossene Personen: 421; Erschießungen 196; Verbrennungen: 255".

## Von Berlin zu den blutenden Grenzen Asiens

Von Erwin Erasmus Koch

Der Schriftsteller Erwin Erasmus Koch wird in Kürze von einer Fernost-Reise, die ihn an Hindukush und dem Massiv des Himalayas entlang nach Hinterindien und Hongkong, zu den "blutenden Grenzen Asiens" führt, berichten. Unterdessen erscheint sein neues Buch "Gelbe Götter, Goldene Kaiser, Rote Sterne", im West-Verlag, Frankfurt/Main. Wir bringen zunächst drei Abhandlungen unseres Mitarbeiters; sie befassen sich mit den grundlegenden Problemen Asiens und vor allem mit einem der gefährlichsten Revolutionäre der Weltgeschichte, mit Mao Tse-tung, der über 650 Millionen Menschen in grössten Stast der Erde gebietet. Weitere Berichte werden die Kashmir-Frage erörtern, ferner die Spannungen an der "North-West-Frontier" Indiens, die Not der Tibet-Flüchtlinge in Sikkim und Buthan, die permanenten Gefahren kommunistischer Revolutionen in der einstigen "Union Indochinoise" und das schwüle politische Klima in den letzten asiatischen Besitzungen des Westens - in Singapore, Meeac und Hongkong.

Die Redaktion

\* \* \*

### Der kommunistische Imperialismus

Die kommunistischen Imperialisten, die Verschwörer im Kream und hinter den Tiên An Mên, dem Platz "des Himmlischen Friedens" in Peking, haben von der Alternative des Atomzeitalters, dem Nebeneinanderleben der Völker beider Machtblöcke oder der totalen Vernichtung des überwiegenden Teils der Menschheit, die letztgenannte Möglichkeit dem Bereich des Wahrscheinlichen bedenklich näher gebracht. Nicht, weil etwa der Führer der Sowjetunion vom Pakt im nuklearen Raketenschach abrückt. Das wäre selbstmörderische Vermesstheit. Chruschtschow schwört gewiss noch immer die "kalte Weltrevolution" vor Augen. Aber er vergisst, dass seine geschliffenen Schwerter vor alleine zum Feind tanzen können, weil er mit ihnen allzu leichtfertig umspringt. Er meint, eine Gewalttat neben und über die andere setzen zu dürfen. Das nukleare Pakt im Raketenschach gewähre ihm dazu jede Sicherheit. Er missachtet überheblich die Gebote der Vernunft, er startet neue Testserien von Superbomben und findet dabei immer den Beifall des "Dschusi" des kommunistischen Chinas, Mao Tse-tungs, des Vorsitzenden der "Partei der Güterverteilung". Der Dschusi sieht den Weg zum "Ta Tung", "zum immerwährenden Frieden auf Erden", nach den Dogmen Lenins und Stalins. Deren Thesen lauten, dass vor der "grossen Ruhe" ein letzter grosser Krieg unvermeidlich sei. Darin könnten sie, allerdings auf andere Weise als sie es meinen, recht haben. Mao Tse-tung ist jedenfalls der Ansicht, dass die kommunistische Ta Tung-Hölle nach dem nuklearen Inferno auf die überlebenden Söhne des Staates der Gelben Erde warten werde. Die Krisenherde der Welt sind für ihn nur der Pfeffer im Salz: Berlin, die zweitausendvierhundert Kilometer lange

Grenzlinie Chinas mit Indien, das Chaos in Laos, die Guerillakriege am Roten Fluss und am Mekong, in Kambodscha, in Thailand, in Südvietnam, die Unruhen in Afrika und Lateinamerika.

Jede Krise besteht anscheinend für sich. Zumeist rollen die Bilder kaleidoskopisch, aber eins zum anderen gehörig, gewissermassen isoliert, ab. Dennoch greifen ihre Folgen ineinander. Ein phantastischer, grauenhafter Zusammenhang offenbart sich. Wo ein politischer Brand lodert, sind die Verschwörer des kommunistischen Imperialismus am Werk.

#### Mao Tse-tungs Bekenntnis

Mao Tse-tung hat ein Bekenntnis niedergeschrieben, "die strategischen Ergebnisse des revolutionären Krieges" und dazu "die Diktatur der Volksdemokratien". Beide Apologien schweben über den blutenden Grenzen Asiens. Sie bekunden, dass der chinesische Imperator - er verfügt über mehr Macht als je ein Kaiser des alten Weltreichs der Mitte - den gesamten gewaltigen Kontinent für sich beansprucht. Die Volksrepublik China fordert, dass die Asiaten den Willen Maos erfüllen, dass sie sich zum "Ta tung" leiten lassen, in die stattenlose Gesellschaft ohne Klassen. Dieser geistige kommunistische Imperialismus verbindet sich mit realen, territorialen Besitzergreifungen, oft begnügt er sich auch nur mit Huldigungen, derart, wie sie Mao aus Burma letztendlich zuteil wurden, als U Nu dem Abgesandten aus Peking, Tschou En-lai, den Titel mit auf den Weg gab: "Erhabener Förderer eines ganz grossen Friedens". Die Besitznahmen sind in Himalaya auf indischem Territorium geschehen, sie bedienen sich in Hinterindien des Mantels "neutralistischer" Staatsgebilde (worüber noch mehr in der Auslegung der revolutionären Thesen Mao Tse-tungs zu erklären sein wird.)

Der Kommunismus ist imperialistisch. Die Kolonien der Sowjetunion beweisen es, die asiatischen Sowjetrepubliken: Eine Landmasse von siebzehn Millionen Quadratkilometern (im Vergleich: anderthalbmal China mit Indien - oder die Vereinigten Staaten mit Kanada), zwei Fünftel von Asien, drei Viertel der gesamten Sowjetunion. Drei Gebiete bezeichnen diesen grössten kolonialen Besitz einer Macht des zwanzigsten Jahrhunderts: Sibirien, Turkestan und Transkaukasien.

Lenin hatte einst zwar in seinem "Manifest an den Osten" den chinesischen Revolutionären feierlich den Verzicht "auf alle Eroberungen des verruchten zaristischen Regimes in Asien" zugesichert. Aber dabei blieb es. Mao Tse-tung verlor darüber - auch nach dem Endsieg 1949 - kein weiteres Wort. Jedenfalls nicht in der Öffentlichkeit, und es wäre gewiss nur Stroh gedroschen worden, hätte er an das verstaubte Manifest erinnert. Aber warum sollte der gelehrige Schüler aus anderem Holze wie der Meister geschnitzt sein?



Der Dschusi hielt sich an jenen Teilen Asiens schadlos, die der Westen aufgeben musste. Oder zumindest ist Mao noch damit beschäftigt. Der Imperialismus wurde also und bleibt wesentlicher Bestand der kommunistischen Doktrin. Zu seinen Eigenarten gehören neuerdings wie je weltpolitische Krisenherde. Sie haften ihm zwangsläufig an, in den aufgezählten globalen Ausmassen. Ihr innerer Zusammenhang kristallisiert sich deutlich heraus.

### Der "gerechte Krieg"

Der Herrschaft des Westens in Asien setzte die Anwendung der äussersten militärischen Gewalt, so absurd es klingen mag, ein Ende. Hiroshima und Nagasaki waren der Schlusspunkt unter dem Kapitel abendländischer Hegemonie über den Fernen Osten. Amerikanische und englische Waffen verhalfen Mao Tse-tung nach seinem dreissigjährigen Krieg zur Macht. Der Dschusi machte wahr, was er 1936 in Nordschensi, als der "Lange Marsch" Überstenden war, deutlich ausgedrückt hatte und in seinen "Strategischen Fragen des revolutionären Krieges" erhalten blieb: "Unsere Hauptlinie besteht darin, uns auf die Kriegsindustrie der Imperialisten und unserer Gegner zu stützen. Wir haben ein Recht auf die Arsenale von London und Hanjang, wobei uns der Gegner als Transportbrücke dient. Das ist eine Wahrheit und kein Paradoxon!" (Hanjang - eine Stadt in der Provinz Hupeh, in der sich eines der grössten Arsenale Tschiang Kai-scheks befand).

Mao fuhr fort (Seite 10, "Strategische Fragen des revolutionären Krieges):

"Über uns ist die Gefahr des grössten und erbittertsten konterrevolutionären Krieges heraufgezogen, und der grösste Teil der Menschheit wird vernichtet werden, wenn wir nicht das Banner des gerechten Krieges entfalten. Das Banner des gerechten Krieges der Menschheit ist das Banner zur Rettung der Menschheit... Er (der gerechte Krieg) wird die Brücke werden, über welche die Menschheit in eine neue historische Epoche schreiten wird... Wenn die menschliche Gesellschaft im Laufe ihrer Entwicklung zur Aufhebung der Klassen, zur Aufhebung des Staates gelangt, dann wird es keinerlei Kriege mehr geben... Dann wird die Epoche des ewigen Friedens erreicht sein..."

Der Dschusi formulierte seine Konzeption auf die unmittelbare Anwendung:

"Jeder Krieg stellt ein einheitliches Ganzes dar: Die ganze Welt, wenn er sie umfasst... oder ein einzelnes Land... oder auch nur ein einzelnes Partisanengebiet... Immer haben wir es mit dem einheitlichen Ganzen zu tun... Das Ganze kann nicht unabhängig, losgelöst vom Einzelnen existieren..."

Und so ist es: Von Berlin über Afrika und Lateinamerika zu den blutenden Grenzen Asiens offenbart sich das "einheitliche Ganze". Mao Tse-tung aber fügte hinzu: "Wir haben in der blutigen Auseinandersetzung bereits ergötliche Vorkapitel geschrieben, und weitere Kapitel werden folgen."

Das Kaleidoskop zeigte sie am Hindukush, an den Hängen des Himalayas und in Hinterindien.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel